

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands  
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stangl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.  
Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

**Inhalt:** „Moderne Arbeiterbewegung.“ — „Gewerksame Arbeit.“ — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Grundstücksucher und Reichsreformen. Die jüngstlichen Organe. Das französische Arbeitersekretariat. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aus Oesterreich. Aus Amerika. — Situationsberichte. — Eingelaudet. — Gerichts-Chronik. — Unfallversicherung. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

## „Moderne Arbeiterbewegung.“

Der „Gewerkverein“ des Herrn Dr. Max Hirsch, das Organ des Verbandes der „deutschen Gewerksamen“, empfand von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, seinen Lesern in der ihm eigentümlichen Weise die „Wahrheit“ über die unter dem Banner der Sozialdemokratie kämpfende Arbeiterschaft zu sagen. In seiner Nr. 3 vom 15. d. M. bringt er einen „Moderne Arbeiterbewegung“ überschriebenen, diesem Zweck dienenden Artikel.

Derselbe beginnt wie folgt:  
„Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung hat sich bekanntlich noch die Sonderbezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ beigelegt. Was damit beabsichtigt wird, ist klar ersichtlich. Wie die Partei in rein politischen Dingen an Großmannsucht und Selbstüberhebung krankt und leichtsinig ihr Programm als das alleinige rein wissenschaftliche preis, so will sie auch in gewerkschaftlicher Beziehung durch die Bezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ zum Ausdruck bringen, daß sie allein die zeitgemäßen Grundsätze und Organisationsformen besitzt. Auch hierbei wird sie von derselben, wohl nur schwer heilbaren Krankheit der Selbstüberhebung befallen. Schlanke mit der ihr eigenen Unverfrorenheit behauptet sie, alle der modernen Arbeiterbewegung fernstehenden Arbeiter sind entweder keine Arbeiter oder es fehlt ihnen an Ziel- und Klassenbewußtsein.“

„Wie Jedermann weiß, hat die Partei aber trotzdem es fertig gebracht, das „allein richtige Programm“ auf einmal für unrichtig zu erklären, und ein neues in wenigen Augenblicken, sozusagen mit dem Hut auf dem Kopfe, vom Parteitag beschließen lassen.“

Wenn jemals eine politische Partei den Vorwurf verdient hat, sie leide an Großmannsucht, Selbstüberhebung, Unverfrorenheit und Leichtfertigkeit in der Beurteilung prinzipieller Dinge, so ganz gewiß die Partei, der Herr Dr. Max Hirsch und die übrigen Leiter der „Harmonie-Politik“ angehören, die Partei des extremen Manchestertums, welche früher „fortschrittlich“ sich nannte und seit einigen Jahren die Bezeichnung „deutsch-freisinnig“ führt. Diese Partei hat ihrer Großmannsucht und Selbstüberhebung von jeher alle vernünftigen politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, welche den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechen, geopfert. Und nichts ist ihr so sehr verhaßt, als die selbstständige politische und wirtschaftliche Aktion der Arbeiter.

Der Sozialdemokratie ist es noch niemals eingefallen, ihr Programm als das „rein wissenschaftliche“, also keiner Verbesserung fähige, zu preisen. Sie hat stets, und besonders scharf an-

läßlich der Verathungen über das auf dem Erfurter Parteitag beschlossene neue Programm, erklärt, daß es für sie kein Dogma, keinen „papierenen Paß“ gebe; daß das Programm sich den Fortschritten der Wissenschaft, sowie der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erkenntnis anzupassen habe; daß es nicht unmöglich sei, ein für alle Zukunft gültiges „rein wissenschaftliches“ Programm zu schaffen. Es kommt nur darauf an, daß das Programm rechnet mit der jeweiligen Höhe der Wissenschaft. Unter dieser Voraussetzung ist es dann immer in der That ein rein wissenschaftliches. Und die Arbeiterbewegung, welche ihm huldigt, ist mit vollem Rechte als die „moderne“ zu bezeichnen. Nicht minder richtig ist es, den dieser Bewegung fernstehenden Arbeitern Mangel an Ziel- und Klassenbewußtsein beizumessen. Davan kann die Unverfrorenheit des „Gewerkverein“ nichts ändern. Es ist eine auf Täuschung anwiesender Leser berechnete Behauptung, daß (auf dem Erfurter Parteitag) das neue sozialdemokratische Programm „in wenig Augenblicken“ beschlossen worden ist. Zu der Beschlußfassung allerdings hat es nur weniger Augenblicke bedurft. Aber der „Gewerkverein“ verschweigt, was auch Jedermann weiß, daß die Programm-entwürfe, über welche der Parteitag zu entscheiden hatte, monatelang Gegenstand gründlichster Kritik in der Partei gewesen sind und daß überdem eine vom Parteitage niedergesezte Kommission fünf Tage lang die Entwürfe nochmals prüfte und unter Berücksichtigung aller geäußerten Wünsche und gestellten Anträge neu formulirte; sowie daß alsdann der Parteitag diesem neuen Entwurfe seine Zustimmung ertheilte. Der „Gewerkverein“ verschweigt diese Thatfachen in der unethischen Absicht, glauben zu machen, das neue Programm sei „leichtfertig“ in „Ueberstürzung“ zu Stande gebracht worden.

Nach dieser Leistung, die wir hiermit ins rechte Licht gestellt haben, fährt das Organ des Herrn Dr. Hirsch fort:

„In Bezug auf ihre „moderne Arbeiterbewegung“ liegt es nicht anders. Nachdem Anfang der 60er Jahre nach dem Ruf: „Arbeiter, vereinigt Euch!“ Lassalle und seine Anhänger den „deutschen Arbeiterverein“ begründet hatten, der alle Arbeiter politisch organisiren sollte, entstanden die Hirsch-Dunder'schen Gewerksamen als unpolitische Berufsorganisationen. Viele Sozialdemokraten aber bespöttelten die Berufsorganisation, bezeichneten sie als eine Vereinspielerei und brüsteten sich mit ihrem „Arbeiterverein“ genau so, wie sie sich jetzt mit ihrer sogenannten „modernen Arbeiterbewegung“ brüsten, obschon die jetzige Form der Organisation sehr stark derjenigen gleicht, die sie ehemals bespöttelten.“

Was den Herren jeweilig in ihren Kraampast, das nennen sie „modern“, und was sie für sich einmal angenommen haben, darauf bestreiten sie jedem Anderen das Besitzrecht, wenn schon Andere von Alters her ein größeres Anrecht darauf haben. Die Unduldsamkeit ist jener Herren erste „Tugend.“

Dieser letzteren abernen Behauptung gegenüber wollen wir nur daran erinnern, daß die „Unduldsamkeit“ der Gewerksamen so weit geht, daß sie Arbeitern mit sozialdemokra-

tischer Gesinnung die Zugehörigkeit zu ihren Organisationen versagen. Eine brutalere Unduldsamkeit, als sie die Harmonie-Apostel üben, ist schwerlich denkbar.

Es ist geradezu eine bewußte Unwahrheit, also eine Lüge, wenn da behauptet wird, die Hirsch-Dunder'schen Gewerksamen seien als unpolitische sogenannten Berufsvereine entstanden. Sie verdanken ihre Entstehung lediglich politischen Gründen der ehemaligen Fortschrittspartei. Als die selbstständige Arbeiterbewegung in Deutschland begann, wollten die Größen jener Partei ein Gegengewicht schaffen und zugleich versuchen, die Arbeiter den politischen Interessen derselben dienlich zu machen. Diesem Zweck, und keinem andern, sollten die Hirsch-Dunder'schen Gewerksamen dienen, und zu diesem Zwecke sind sie ja auch oft genug gegen die Interessen der Arbeiter mißbraucht worden. Die sogenannte „Berufs-Organisation nach „englischem Muster“ war nur ein Vorwand, das Mittel, die Arbeiter über den wirklichen Charakter des Unternehmens zu täuschen, sie für die politischen Komödien der sogenannten „Fortschrittspartei“ als Statisten einzuspannen. Allerdings haben die Herren Dr. Max Hirsch und Genossen damit kein Glück gehabt. Die „moderne Arbeiterbewegung“ hat ihre Absichten vereitelt, und deshalb sind sie auf dieselbe ganz besonders schlecht zu sprechen. Daß ihre Vereinspielerei durchschaut wurde von den Arbeitern, können sie freilich nicht verzeihen, um so weniger, als sie sich nicht bewußt sind, daß der Spott, der sich über sie ergoß, ein wohlverdienter ist.

Mögen doch die Gewerksamen ihr vorgebliches „älteres Besitzrecht“ auf die Arbeiterorganisation und deren Formen mal nachzuweisen versuchen. Das können sie nicht. Ihre Gründungen sind ja nichts anderes als eine Nachahmung englischer Organisationsformen, wobei sie dem Geiste dieser Organisationen, dem Charakter derselben als Koalitionen zum Kampfe wider das Kapital, allerdings keine Achtung erwiesen haben. Denn was sie unter der Bezeichnung „Gewerkverein“ nach „englischem Muster“ gründeten, das sollte ja nichts anderes sein und ist erfahrungsgemäß niemals etwas anderes gewesen, als eine Schule der Harmonie- und Uebel, die dazu bestimmt ist, die Arbeiter von selbstständiger energischer Initiative für ihre gute Sache abzuhalten.

Weiter möchten wir folgende Aeußerung des „Gewerkverein“ niedriger hängen: „Bisher verstanden die Sozialdemokraten es meisterhaft, die Bezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ als eine Hülle zu benutzen, die in den Fachvereinen wohlbestallte politische Agitation zu bedeuten; sie nannten Jeden einen Denunzianten, der behauptete, die moderne Arbeiterbewegung sei der Deckmantel für die sozialdemokratische Propaganda, und jetzt, wo sich ihnen die Buchdrucker angeschlossen haben, erklären sie selbst in ihrem „Vorwärt“, daß „moderne Arbeiterbewegung“ gleichbedeutend ist mit Sozialdemokratie! Was bisher bestritten wurde, ist damit zugestanden, die Fachvereine sind sozialistisch.“

Das ist nie bestritten worden! Wohl aber und mit Recht hat die Sozialdemokratie die auch vom „Gewerkverein“ so oft geübte ebenso

dumme wie in same Denunziation zurückgewiesen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen als „Dedmantel für die sozialdemokratische Propaganda“ benutzt würden. Das sind diese Organisationen nie gewesen und können es ihrer Natur nach auch garnicht sein. Wenn sie unter der zwölfsährigen Herrschaft des Sozialistengesetzes sich hüteten, um der politischen Unterdrückung zu entgehen, sogenannten „gemeinschaftlichen“ Bestrebungen offen zu huldigen, so folgten sie lediglich einem Gebote der Klugheit. Und wenn sie erklären, daß es ihre Aufgabe ist, den zunächst liegenden wirtschaftlichen bzw. gewerblichen Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen, und wenn sie diese Aufgabe in sozialistischen, statt, wie die Herren Dr. Fisch und Genossen es wünschen, in „deutschfreisinnigen“ Geiste erfüllen, so dienen sie sicherlich nicht als „Dedmantel“. Wenn eine gewerkschaftliche Organisation durchaus oder vorwiegend aus Sozialdemokraten besteht, so ist es selbstverständlich, daß der sozialistische Geist in ihr dominieren wird. Aber deshalb trifft auf sie noch lange nicht die elende Denunziation des „Gewervereins“ zu, daß die Fachvereine die „Hölle“ sind für „wohlbestallte politische Agitation.“ Dazu haben die sozialdemokratischen Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Organisationen nicht nötig.

Also, verehrter „Gewervereins“ Denunziant ist Denunziant nach wie vor!

„Gemeinsame Arbeit.“

Unter dieser Ueberschrift bringt der national-liberale „Hannoversche Courrier“ einen Artikel über die gewerblichen Schiedsgerichte, der besonders um deswillen beachtenswert ist, weil er in einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern gipfelt. Es heißt da:

Von der schon durch die Gewerbeordnung von 1869 den Gemeinden gewährten Befugniß, die Entscheidung gewisser Streitigkeiten zwischen gewerblichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewerblichen Schiedsgerichten zu übertragen, welche durch die Gemeindebehörde unter gleichmäßiger Aufsicht von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bilden sind und als erste Instanz an Stelle der Gemeindebehörden treten, ist im Ganzen wenig Gebrauch gemacht worden. Zum Theil wird dieses darauf zurückzuführen sein, daß die Urtheile dieser, zur Beidung der Parteien und Sachverständigen sowie zur Abnahme von Parteideen nicht zuständigen Schiedsgerichte stets der Berufung unterworfen sind und ein bestimmtes Verfahren nicht vorgeschrieben war, zum Theil aber auch daraus, daß ein gewisses Mißtrauen gegen die Zustiehung von Arbeitnehmern herrschte. In der Provinz Hannover haben nur einige Osnabrückische Städte von dieser Befugniß Gebrauch gemacht, unter Anderem Osnabrück während der zweiten Amtsführung des damaligen Oberbürgermeisters Miquel. Nach zuverlässigen Nachrichten hat dort die Mitwirkung von Arbeitnehmern, welche freilich nicht von diesen, sondern von dem Magistrat und von den Bürgervorstehern erwähnt werden, sich vollkommen bewährt und das Anfangs hier und da gehegte Mißtrauen in keiner Weise gerechtfertigt.

Wie weiter geht das am 1. April 1891 in Kraft getretene Gesetz über Gewerbegerichte, welches diesen Gerichten bei gleichmäßiger Zusammensetzung aus je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem rechtkundigen Vorsitzenden nicht nur die Entscheidung in letzter Instanz in Sachen bis zum Werthe von M. 100 überweist, sondern auch die Wahl der Beisitzer den Arbeitgebern und Arbeitnehmern überläßt, anderer mißher wesentliche Punkte nicht zu geben. Auch die Errichtung dieser Gewerbegerichte ist im Wesentlichen der freien Entscheidung der Gemeinden und weiterer kommunalen Verbände überlassen. Bis jetzt ist von dieser Befugniß wenig Gebrauch gemacht, obgleich in der Provinz Hannover die Haupt- und Residenzstadt mit gutem Beispiele vorgegangen ist. Es scheint auch hierbei ein Mißtrauen gegen die Mitwirkung frei gewählter Arbeitnehmer bestimend zu sein. Um so erfreulicher ist es, daß nach durchaus zuverlässigen Nachrichten in dem Stadt Hannoverischen Gewerbegerichte die freigestellten Arbeitnehmer als Gerichtsmitglieder, obgleich theilweise der sozialdemokratischen Richtung angehörig, allen billigen Ansprüchen genügt und als unbefangene Richter sich be-

währt haben. Auch hierbei bestätigt sich die Erfahrung, daß gemeinsame Arbeit selbst von solchen Persönlichkeiten, welche auf anderem Gebiete Gegner sind, zum Wohle der Gesamtheit verrichtet werden kann und in gewissem Grade eine veridmende Wirkung ist. Wir sehen deshalb der Hoffnung uns hin, daß auch andere größere Stadtgemeinden und kommunale Verbände dem Beispiele Hannovers nachfolgen werden.

Man wird sich erinnern, daß auch in der Provinz Hannover viele städtische Behörden die Errichtung von Gewerbegerichten mit der Motivirung abgelehnt haben, daß diese Einrichtung doch nur einen „Tummelplatz“ für die „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie abgeben werde. Sündes- und Gewerbeämtern haben mit derselben Motivirung sich gegen die Errichtung der Gewerbegerichte ausgesprochen. Jetzt müssen alle diese Körperparteien sich, von nationalliberalen „Hannoverschen Couriers“ eines Besseren belehren lassen. Zwar die volle Wahrheit sagt das Blatt noch nicht. Die dem Hannoverischen Gewerbegericht angehörenden Arbeiter gehören nicht „heimliche“, sondern sammtlich der sozialdemokratischen Richtung an. Und nicht „obgetrüb“ diese der Fall haben sie sich als unbefangene Richter bewährt, sondern weil sie Sozialdemokraten sind, aufgekärte, verständig und gerecht denkende Männer, die man in den Reihen der in differenzten, sogenannten „artigen“ und „gutgeleiteten“ Arbeiterchaft niemals finden wird. Sozialdemokrat muß der Arbeiter sein, der als Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Gewerbegericht eine gute Thätigkeit entfalten will. Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter trüben nicht vor der Unternehmerschaft, machen derselben keine unberechtigten Konzeptionen. Und doch sieht sich das nationalliberale Blatt genöthigt, zu erklären, daß diese Arbeitervertreter sich vollkommen bewährt haben, und daß das gegen sie gehegte Mißtrauen in keiner Weise gerechtfertigt sei.

Dieses Gehändniß von solcher Seite ist etwas merkw. Wie das Blatt hervorhebt, sind eine große Anzahl Provinzstädte dem hiesigen Beispiele Hannovers nicht gefolgt und haben bis jetzt ein Gewerbegericht auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1890 nicht errichtet. Vergleichen haben die Arbeiter in Göttingen, Hildesheim, Lüneburg a. P., Alfeld und anderen freien Verammlungen abgehalten, in denen sie die Errichtung der Gewerbegerichte verlangten. Vergleichen haben sie an die städtischen Behörden Eingaben gemacht, in denen sie die Beschlüsse der Verammlung mittheilten.

Die Antwort der städtischen Behörden war eine ablehnende!

Der Magistrat in Göttingen trat nicht einmal erst mit dem Bürgervorsteher-Kollegium wegen der überreichten Eingabe in Verhandlung! - Jetzt hat er ein Gewerbegericht nach dem alten System eingesetzt; das neue Gesetz scheint für den Magistrat von Göttingen nicht zu existiren! Beschwerden an die Landeszentralbehörde sind wirkungslos.

Nur den Harburger Arbeitern ist es gelungen, den Widerstand der städtischen Behörden zu brechen und die Errichtung eines Gewerbegerichts auf dem schwersten Wege durchzusetzen. Da die Magistrate in Göttingen, Hildesheim u. nationalliberal sind, so werden sie hoffentlich durch die Letztre des „Hannoverschen Couriers“ auf bessere Gedanken gebracht.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Die Zünfter. In einem „Eingekandt“ in der „Bauwerks-Zeitung“, giebt Herr Otto Roth, Namslau (Schlesien) folgender Meinung Ausdruck:

Nachdem im Reichstage unsere Hoffnungen auf Wiedereinführung der obligatorischen Prüfungen so gut wie zu Grabe getragen worden sind, wäre es immerhin unklug, wenn eine solche Annahme eingehen möchte, das würde so wenig Erfolg haben und die Lage so wenig ändern, wie etwa das Festen eines Sternleins am Himmel uns nicht auffallen würde. Aber wenn wir, verehrte Herren Kollegen, nach normalen Verhältnissen nicht erreichen, und wenn uns die ängstliche Hoffnungen auf Besserung raubt, dann komme auch ich dafür durch Beschluß des Deutschen Zünfterverbandes alle Annahmen aufzulösen, dann fort mit Weiser, Geselle und Lehrling, dem Ideal des deutschen Handwerks; denn ideale Bestrebungen kann man es doch nur nennen, wenn wir seit über 20 Jahren Einrichtungen anrecht erhalten haben, die in anderer Form weniger mühsam und den Behörden gegenüber weniger verpflichtend zu sein brauchen, wie es die alten schmerzlichen Annahmen waren.

Wenn die Herren Zünfter doch nur den „Idealismus“ aus dem Spiele lassen möchten, wo sich für sie um rein materielle Interessen, um ein förmliches Gewerbsprivilegium handelt.

Der Arbeiter-Wahlverein von Gumberland England hat ein Programm aufgestellt, laut welchem er folgendes anstrebt:

Die Verstaatlichung des Bodens, der Renten und des königlichen Besitzes;

eine gesetzlich garantierte achtstündige Arbeitszeit für arbeitschwere, gefährliche, gesundheitsschädliche, gewerbliche Arbeit. Minimallohn für alle Arbeiten, ausgesetzt von oder für königliche und städtische Behörden; Anschaffung der Fabrikgesetze (Inspektion) auf alle Verhältnisse, wo Arbeiter beschäftigt werden; Gewährung einer genügenden Staatspension an Alte und Arbeitsunfähige; gleiches, geheimes Wahlrecht und Einführung der Wahlpflicht. Zahlung von Wäthen an die Abgeordneten. Redung der Wahlkosten aus Staatsmitteln; kürzere Legislaturperioden - der Wahltag ist zu einem Feiertag zu erklären; Anhebung des House of Lords (des Oberhauses) und aller erblichen Ehrenämter.

Grundstücksucher und Reichsreformen.

Die Berliner „Volks-Zeitung“ äußert zu diesem Thema folgende Ansicht:

„Gewiß ist es kein schönes Schauspiel, wenn bebaut und unbebaute Grundstücke durch fragwürdige Mittel, und nur, um die Differenz einzufreieren, wüßhaft aufgelaufen und nach kurzer Zeit mit ungeheurem Nutzen weitergegeben werden. Ein Bild arbeitsloser Verelendung, das nur der müßigen Proffisucht und der Eigensüchtheit gegen die bestehende Ordnung geflossen kann. Gewiß sollte darum durch Gesetz und Sitte Alles aufgegeben werden, um solche Vorgänge möglichst zu erschweren; namentlich müßte der bisherigen Steuerfreiheit unbenuzter Bauflächen baldigt ein Ende gemacht werden. Fiskus sucht mit der Laterne, nach immer neuen Steuerquellen, wahrlich, hier liegt eine ausgezeichnete Quelle zu Tage, durch welche nicht färgliches Arbeitseinkommen, sondern die Spekulation auf müßelosen Waffengeinn zu den Staatskassen herangezogen würde.“

Aber falsch, gründlich ist es, den Grundstücks- und Baustellenverehr im Allgemeinen als „Wucher“ zu brandmarken, mit der offenen oder versteckten Motivirung, daß hierdurch allein oder hauptsächlich die theuren Miethen, besonders der mittleren und kleineren Wohnungen, und damit die schlimmsten Ausbeutungen der Arbeiter verschuldet würden. Die elementaren, gerade in diesem Punkte auch von den Sozialisten anerkannten Lehren der Nationalökonomie widerlegen diese Behauptung als Trugschluß. Wie die Grundrente überhaupt, so entsteht und wächst speziel auch die Grundrente von Haus- und Bauplätzen lediglich durch den Unterschied der Erträge von guten bzw. aufgelegenen und minder guten, aber für den Bedarf noch erforderlichen Grundflächen. Dieser Unterschied existirt nicht in dünnbesiedelten Gegenden und Dörfern, die ärmlichen, und mit ihr die Grundrente, entsteht und wächst mit der Verdichtung, der Konzentration der Bevölkerung.

In gewöhnlichen Dörfern giebt es keine Grundrente von Bauplätzen, in kleinen und mittleren Städten ist sie nur gering, bedeutend, bis zum Riesenfassen, wird sie erst in den größeren und größten Städten, wo Hunderttausende, Millionen auf engem Raum Wohnung suchen, und zwar gerade dort, weil sie dort größeres Einkommen und größeren Lebensgenuß zu finden glauben. Der Andrang und Wettbewerb immer neuer Schaaen Wohnungsuchender steigert nothwendig die Miethen, mit den Miethen wächst die Grundrente, mit der Grundrente der Grundwerth. Auf dieser, in Berlin durch den Zug von jährlich 50 000 Menschen hervorgerufenen Werthsteigerung beruht die Grundstückspekulation. In der Hauptsache verursacht nicht die Spekulation die höheren Miethen, sondern die höheren Miethen reizen zur Spekulation und bringen ihr die Gewinne. Der Grundstücksverehr schafft nicht andere Renten, sondern nur andere Rentenempfänger - oder glaubt man wirklich, daß die alten Besitzer die durch die Konjunktur gebotenen Miethen in der Regel nicht ebenso mitnehmen, wie die neuen Erwerber? Wenn aber die Miethen insolge wirtschaftlicher oder politischer Depression nicht mehr steigen oder gar fallen - und auch in Berlin und Umgegend ist das bekanntlich schon dagewesen - dann bringt selbst die mächtigste Grundstückspekulation nicht die präsumiblen Kolossalgewinne, sondern Kolossalverluste. Von letzteren pflegen freilich die Ganz- und Halbsozialisten nicht zu sprechen.“

„Doch, davon „pflegen“ sie auch zu sprechen, allerdings nicht in dem Sinne der „Volks-Zeitung“, wonach die Möglichkeit der Kolossalverluste dem Grundstücks- und Baustellenverehr den Charakter des Wuchers nehmen soll. Der wucherische Charakter dieses Verkehrs wird durch die subtile Unterscheidung, welche die „Volks-Zeitung“ anstellt, nicht aufgehoben. Es ist ganz überflüssig, zu unteruchen, ob die Spekulation die hohen Miethen voraussetzt, oder ob umgekehrt die hohen Miethen zur Spekulation reizen. Wie es ist der Fall, Wie es wirkt zusammen und steht in beständiger Wechselwirkung, deren Reintat ist, daß der Wohnungsmiethen der Grundstücks- und Häuserpekulanten in unerhörter Weise tributpflichtig gemacht wird. Nicht die wachsende Nachfrage nach Grundstücken und Wohnungen insolge des Wachstums der Bevölkerung ist es an sich, welche die Werthsteigerung hervorbringt, sondern der Umfluß, daß Grund und Boden, der immer nur in bestimmter Menge vorhanden ist und nicht vermehrt werden kann, im Privatbesitz sich befindet und Objekt der frivollen kapitalistischen Spekulation, gerichtet auf müßelose Verelendung, ist. Unter der Herrschaft der privatkapitalistischen Interessen kann der Grundstücks-, Baustellen- und Häuserverehr in großen Städten gar nichts Anderes sein, als Wucher, und zwar Wucher der allergeringsten und schmerzlichsten Art. Daß die wucherischen Spekulanten nach dem Prinzip der freien Konkurrenz sich einander ruiniren, daß die Spekulation für den Einen oder den Anderen ein kolossaler Verlust statt mit Kolossalgewinn endet, kann nicht zu ihrer Rechtfertigung oder Entschuldigung geltend gemacht werden.“

Im Grunde genommen müssen die tributpflichtigen Miethen sowohl die Gewinne wie die Verluste der Wucherer und Spekulanten tragen. Was der eine Spekulant verliert, hat ein anderer gewonnen, und schließlich



wird doch Alles was zur Bereicherung dieser Herren dient, aus dem Volke herausgeschoben.

Mächtiger urtheilt die Volks-Zeitung in der Frage der Mietzsteuerern: Bei dieser handelt es sich um die großen nationalen und kommunalen Aufgaben: Schutz der physischen und moralischen Gesundheit, vor Allem des Familienlebens! Die vier und mehrstöckigen Mietzsternern mit ihren Seiten- und Hintergebäuden, ihren dünnen, einschließlichen Böden, ihren Keller- und Dachwohnungen, in denen eng zusammengepöckelt Scharen von Menschen jeden Alters und Geschlechts ohne Sonne und Luft, ohne ein ausreichendes, geschweige behagliches Heim begehen — solche Mietzsternern sind wahre Verwässer von Menschenleben und Menschenwohl, sind geradezu ein Schand auf das Betragen der Humanität und der Fortschritt. Schlimm genug, daß solche Häusermonstren in der Enge überfüllter Fabrik- und Handelsstädte emporgeschoben sind, unumkehrbar, augen- und heranzumöckelt es aber, solche finstliche Katakomben umgehängt in weitausläufigen Korridoren — ja oft mitten im Felde zu erblicken, wo die noch weithin leere Fläche die Möglichkeit giebt, einer wachsenden Bevölkerung leichte, lustige, gesunde und wohlige Wohnstätten zu erbauen.

Daß dies auch in nächster Nähe anwachsender Großstädte thunlich und mit freiem Privatgrundbesitz vereinbar ist, zeigt vor Allen England. Fernum, wo leider die Sittlichkeit nicht, wie dort, Miethsanfängig gegen das Mietzsternernthum erweist, werden Gesehung, Bewahrung und freie Genossenschaft energisch zusammenwirken, um solche futurwürdige Anmaßlichkeiten des Wohnungsweins zu verhindern. Zu diesem Zwecke verlangen und billigen wir in erster Reihe auch Bauordnungen, die ohne agrarische oder sozialistische Nebenzwecke unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und möglichster Schonung der Eigentümerechte das Unwesen der Mietzsternern bekämpfen. Wenn dadurch indirekt auch der Grundstücksverkehr in maßvollere, gesunde Bahnen gelenkt wird, wie dies in der That zu erwarten ist, dann um so besser. Schon lange haben einschichtige Volksfreunde die ganze Bedeutung der Wohnungsfrage erkannt und Reformen im dargelegten Sinne angekrebt. Es wird Zeit, energischer als bisher mit den letzteren vorzugehen.

Genau, es ist die höchste Zeit! Da sprechen die gewissen „Volksfreunde“ zu viel über die „Hebung der Sittlichkeit“ mit Hilfe der Strafgesetze und der Polizei. Mächtig sie einsehen, daß die sittlichen Schäden nicht zum geringsten Theile ihrer Ursache in den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen haben.

Unser Leser wissen, daß in den ästhetischen Ländern der Christenheit Hunderttausende von Familien auf Wohnungen angewiesen sind, worin ein halbwegs geordneter Haushalter oder auch nur seinen Vortheil verfolgender Viehbesitzer sein Vieh nicht halten möchte, Wohnungen, worin die Pflege der ersten sittlichen und leiblichen Grundlagen würdiger, gesunder, menschlicher, geschweige denn christlicher Lebenshaltung kaum möglich ohne Wunder oder Heroismus der Heiligkeit.“ So schrieb im Jahre 1865 V. A. Huber, der konservative Volkswirth, und seine Worte sind heute noch zeitgemäßer und zutreffender wie damals. Alle strafrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen aber führen nur auf äußere Symptome, ohne den Sitz des Uebels zu treffen. Die Quellen des Dürrenwesens und seiner Begleiterscheinungen sind die sozialen Zustände, die Nothlage großer Bevölkerungsklassen und die Verhältnisse, welche sich auf vielen Gebieten des Lebens darbieten. Wenn in einem Zimmer eine Familie mit mehreren Kindern haust, oder wenn ein kleiner Raum gar von mehreren Familien, welche noch männliche und weibliche Schlafgänger haben, ausgefüllt wird, wie kann man sich wundern, daß der dort heranwachsende Jugend jeder Sinn für Zurückhaltung, Ordnung, Sauberkeit, jedes Empfinden für Sittlichkeit im engeren Sinne des Wortes abhanden kommt? Die traurigen Wohnungsverhältnisse treiben nur zu oft den Mann in das Wirthshaus und das Weib auf die Straße. Die Zusammenpöckelung zahlreicher Personen jeden Alters und Geschlechts in engen, schmutzigen Dachboden oder Kellerwohnungen ist eine der ergiebigsten Ursachen der schlimmsten geschlechtlichen Verirrung. Hier in erster Reihe muß der Hebel angelegt werden, wenn man die Prostitution und ihre Folgen nach Möglichkeit einzudämmen bestrebt ist.

Dazu, wie überhaupt zur Lösung der Wohnungsfrage — so weit eine solche unter den heutigen Verhältnissen möglich erscheint — ist der Erlaß eines Reichsbaugesetzes erforderlich, worüber wir uns schon einige Male eingehend ausgesprochen haben.

### Die Zünftlerischen Organe

sind eifrig an der Arbeit, für den sogenannten „Handwerkerstag“, welcher am 14., 15. und 16. Februar in Berlin stattfinden soll, Propaganda zu machen. Hauptpunkte der Tagesordnung sind: Bericht über den Verlauf und das Ergebniss der sogenannten Handwerkerkonferenz vom 15. Juni 1891; die Forderung des Befähigungsnachweises und die wünschenswerthe Stellung der Zünfte u. z. zu der von der Regierung verordneten „Organisation des Handwerks“ (Handwerkerämtern).

Die „Baugewerks-Zeitung“ ertheilt sich wieder einmal, im Namen des „deutschen Handwerks“ zu schreiben: „Die Regierung will das Handwerk mit neuen Gesetzen, welche sich vorläufig noch in nebelhafter Dämmerung halten, beglücken, aber das Handwerk läßt sich keineswegs dadurch beglücken. Was das Handwerk will, die Erlangung des Befähigungsnachweises, das will die Regierung nicht, und was die Regierung als demnachthiges Geseht andeutet, die Einführung von Handwerkerämtern, um dem darniederliegenden Lehrlingswesen aufzuhelfen, das will das Handwerk nicht.“

D. h. die Zunftmatadoren wollen von dieser Einrichtung nichts wissen, weil sie durch dieselbe den Zunftzettel geföhrt sehen. Das Meister-Organ mahnt: „Wegen alle Zünfte und Meisterverbände und recht viele Zünfte ihre bevollmächtigten Vertreter an jenen Tagen nach Berlin entsenden, damit alle Welt sehen kann,

daß der deutsche Handwerkerstand für seine Forderungen an die Gesehung eintig und ungeheilt einsteht. Mit Absicht haben gewisse Parteien die Wünsche des Handwerkerstandes als von einer kleinen aber agitatorischen Partei ausgehend dargestellt und die Welt glauben zu machen versucht, daß hinter jenen Männern nicht die deutschen Handwerker stehen. Diesem irrvollen (11) Treiben dieser willkürlich unwarhen Darstellung soll durch den bevorstehenden Handwerkerstag ebenfalls ein Ende gemacht und durch im positive Zahlen gezeigt werden, daß die Handwerkerbewegung allerorten Boden gefunden hat.“

Nun, man weiß ja, wie's gemacht wird, um mit „imposanten“ Zahlen zu glänzen.

Wir sind nur neugierig, zu erfahren, wie die Polizei sich dem „Handwerkerstag“ bezug der Delegierten gegenüber verhalten wird. Die Zünfte und Zunftverbände sollen „bevollmächtigte Vertreter“ senden zur Verhaltung öffentlicher (politischer) Angelegenheiten. Aber zu diesem Zwecke dürfen Vereine nicht miteinander in Verbindung treten. Arbeitervereine wenigstens dürfen das nicht; man löst sie auf und bestreift ihre Leiter, wenn sie das thun, was die Zunft schon so oft getan haben und jetzt wieder thun wollen.

Der Zunftauschuss zu Frankfurt a. M. hat sich bekanntlich zur Selbstauflösung der Zünfte ausgesprochen; er unterbreitet dem „Handwerkerstag“ folgenden diesbezüglichen Antrag:

In Erwägung: daß auf Grund der im Namen der Reichsregierung seitens des Staatsministers von Bütticher in der Reichstagsagung vom 24. November v. J. abgegebenen Erklärung ein Entgegenkommen der jetzigen Regierung gegenüber den seit Jahren auf allen Handwerkerständen sehr formulirten Wünschen des deutschen Handwerkerstandes in Bezug auf Einführung des gewerblichen Befähigungsnachweises sowie der obligatorischen Zunftung nicht mehr zu rechnen ist; in fernerer Erwägung: daß die freien Zünfte erwiesenermaßen nicht im Geringsten die Mittel bieten, den Verfall des Handwerkerstandes aufzuhalten; sondern den Zunftangehörigen nur schwer zu tragende Lasten und Pflichten auferlegen, welche leider noch sehr oft durch die Maßnahmen der aufstehenden Behörden erschwert werden, beschließt der Allgemeine deutsche Zunft- und Handwerkerstag:

Den bestehenden freien Zünften die Auflösung zu empfehlen und dafür die Umwandlung derselben in unabhängige Vereine oder Genossenschaften zu veranlassen.

Die Debatte über diesen Antrag dürfte interessant werden.

**Das französische Arbeitersekretariat.**

In allerhöchster Zeit wird sich auch in Frankreich ein Arbeitersekretariat konstituieren. Mit den Schweizern hat es freilich nicht viel mehr als den Namen und die Bestimmung, der Arbeiterfrage zu nützen, gemein; trotzdem ist es von großer Bedeutung nicht bloß für die französische Arbeiterbewegung, sondern auch darüber hinaus, von dessen Gründung denn eine Folge des letzten internationalen Brüsseler Kongresses ist.

Das neue Institut entspringt ganz der Initiative der Arbeiter und steht der Staat mit demselben in keiner Beziehung. Wie das schweizerische ist aber auch das französische Arbeitersekretariat der verbindende Mittelglied einer großen Zahl von Organisationen, die sich bisher zum Theil bekämpften. Es wird gebildet aus den Delegirten des Bundes der Arbeitssöhnen und der verschiedenen Gruppen der Sozialisten und Gewerkschaften (Blanquisten, Menenisten, Broussinisten, Marxisten usw.), was allein schon dessen Bedeutung in's Licht setzt. Gerade an dem übergroßen Grundpfeiler und der Zuspaltung liegt bis heute die französische Bewegung.

Der Bund der Arbeitssöhnen besitzt das Recht, vier Vertreter für das Sekretariat zu nominieren, die sechs übrigen Organisationen je zwei Vertreter und jeder Gewerkschaftsbund einen Vertreter. Doch kann Niemand, der ein Wahlmandat ausübt, also weder ein Abgeordneter, noch ein Gemeinderath, Mitglied des Sekretariates sein, dessen Sitz sich in der Pariser Arbeitssöhne befindet, wozu es, bringende Fälle ausgenommen, zwei Mal im Monate zu Beratungen Organisationen werden überbies abwechselungsweise jeden Abend zwei Stunden anwesend und zu sprechen sein.

Die einzelnen Gruppen werden mit dem Sekretär derjenigen Organisationen zu korrespondieren haben, der sie angehören; nicht vertretenen Körperschaften steht die Wahl, mit welchem Sekretär sie korrespondieren wollen, frei. Die Sitzungsprotokolle werden abwechselnd von den einzelnen Delegirten geführt werden und der jeweilige Sekretär wird die auswärtigen Korrespondenzen zu zeichnen haben. Die Tagesordnungen sowie Beschlüsse des Sekretariates werden in dem offiziellen Organe der Arbeitssöhne, „Bulletin de la Bourgeoisie du Travail“, veröffentlicht. Ueberdies werden sie den offiziellen Organen der vertretenen Organisationen zur Mittheilung gebracht, wie sie auch der Presse im Allgemeinen zur Verfügung gestellt werden können.

Was seine Aufgaben angeht, so wird das Sekretariat alle Nachrichten, statistischen Mittheilungen usw., welche die Arbeiterfrage betreffen und für die Organisation und Thätigkeit der Arbeiterklasse von Interesse sind, zentralisieren und, wenn hierfür geeignet, publizieren, sowie mit den Arbeitersekretariaten der übrigen Länder in regelmäßige Korrespondenz treten. Die Kosten werden von den im Sekretariat vertretenen Organisationen gedeckt, die im Minimum einen monatlichen Beitrag von 10 Fr. zu leisten haben.

Mit Gründung dieser Institution wird die auf dem Brüsseler Kongresse begonnene Einigung der verschiedenen

sozialistischen Fraktionen Frankreichs zu einer vollendeten Thatsache und damit auch das Band, das sie mit den Arbeiterparteien der übrigen Länder verbindet, zu einem unigenen werden. Die Solidarität der Arbeiter erhält formellen Ausdruck und dürfte gute Früchte zeitigen.

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

„Was lehren uns die letzten großen Streiks?“ Ueber dieses Thema referirte am 21. d. M. in einer von über 5000 Personen besuchten Volksversammlung in Berlin der Reichstagsabgeordnete Beseff. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende von Beseff beantragte Resolution:

Die Versammlung erklärt: gegenüber dem Verstreuen der Unternehmerklasse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse immer tiefer herabzubringen und die letztere in die vollständigste ökonomische Abhängigkeit von der Unternehmerklasse zu bringen, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse eine Nothwendigkeit.

Da aber die gewerkschaftliche Bewegung ihrer Natur nach auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse innerhals der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, so genügt dieselbe nicht, um auch die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Fesseln des Kapitalismus herbeizuführen.

Dieses ist vielmehr Aufgabe des politischen Kampfes, wie ihn die Sozialdemokratie führt, eines Kampfes, dessen Endziel die Aufhebung des Klassenstaates, die Verwandlung des Privatguthums in Produktionsmittel in genossenschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion ist.

Die Versammlung betrachtet es daher als die Pflicht aller Arbeiter, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und ihre Bestrebungen thätigst zu unterstützen.

Diese Resolution bereitet uns eine große Genußung. Wir werden darauf, wie auf das Referat Beseffs in nächster Nummer zurückkommen.

**Angriffe auf die Arbeiterorganisationen und das Koalitionsrecht der Arbeiter in England.** Wer da glaubt, die Zeit der Angriffe auf das Vereinsrecht der Arbeiter in England sei vorüber, hat sich sehr getäuscht. Die Kämpfe, welche die Gewerkschaften der gelehrten Berufs vor 50 und 60 Jahren für das Recht der Koalition zu bestehen gatten, kehren heute wieder in gleicher Form für die ungelerten und weiblichen Arbeiter.

Entlassungen und Ausschließungen von Mitgliedern der weiblichen Gewerkschaften sind in letzter Zeit an der Tagesordnung. Im Süden von England, wo die Organisationen nicht so stark sind, wie im Norden, ist gegenwärtig in Manchester, ein Wollenmanufakturied, der Schaublag einer brutalen Ausperrung. Die große Mehrzahl der Arbeiter von zwei dortigen Fabriken hatte sich der „Gasarbeiter- und allgemeinen Handlanger-Union“ angeschlossen, um mit der Zeit ihre sehr schlechten Arbeitsbedingungen verbessern zu können. Nicht lange währte es, so erklärte der eine der Fabrikanten seinen Arbeitern, daß sie entweder die Union oder seine Arbeit zu verlassen hätten, worauf sie amem, physisch und moralisch heruntergekommenen Sklaven das Erfere wählten. Von diesem Erfolge ermutigt, stellte der andere Fabrikant seine Arbeiter und Arbeiterinnen vor die gleiche Alternative, aber nicht mit dem gleichen Resultate.

Seit 4 Wochen halten etwa 300 Männer und Frauen frei zur Fahne der Gewerkschaft und werden auch mit ihr liegen. Der Lohn war ein so niedriger, daß viele Arbeiter während der Ausperrung sich besser stellen mit der Unterstützung von der Union und freiwilligen Sammlungen, als während sie im Lohn arbeiteten. Nun hat aber der Tyrann noch eine Hülfsmafie, indem er seinen Arbeitern, welche betraute ausschließlich seine Häuser bewohnen, die Miethe kündigt. Nachdem er für Jahre nicht nur die Arbeit seiner Sklaven ausbeutet, sondern auch noch von dem Hungerlohn einen Tribut für die Wohnhöfen zurdehalten hat, bemitt er seine Gewalt, um seine Opfer der Winterkälte preiszugeben. Ja, es ist ein schönes Ding, die väterliche Fürsorge der wohlthätigen Fabrikanten, wenn sie ihren Arbeitern aus lauter Wohlthat“ Arbeiterhäuser erbauen. Die Streikleiter haben den Arbeitern den Rath gegeben, eine allfällige Ausführung der Anzeige Widerstand zu leisten, wie die irischen Bächter seiner Zeit auf Parnell's Rath gehand hatten. Bewundernswürth ist die entschlossene Haltung der Frauen und Mädchen. Einmal von der Wahrheit einer Idee überzeugt, kämpft die Frau gleich einer Wüthin und reißt die Männer mit sich. Im Vorabend vor Weihnacht wurde in Plymouth eine Demonstration veranstaltet zu Gunsten der Ausgesperrten. Es war beabsichtigt, im Centrum der Stadt auf einem öffentlichen Plage einige Redner über den Gegenstand sprechen zu lassen. Ein Arzt erkrankte die Versammlung, indem er in feurigen Worten die Opfer persönlicher Willkür der Unterstützung empfahl. Doch kaum hatte der Hauptprediger begonnen, naghte mit schwergemessenen Schritten — die heilige Hermandad und löste die Versammlung auf. Es beginnt zu „preußeln“. In London bauern die Verhaftungen von Rednern, die an sozialistischen Straßenversammlungen „preden, fort. Letzte Woche waren nicht weniger als 18 solcher Unruhstifter vor Gericht. Zwei davon wurden freigesprochen; die übrigen wurden zu Gefängnis von 3—8 Wochen und Geldbußen von 50—500 Fr. verurtheilt, überdies hatten dieselben Kaution zu hinterlegen für die nächsten zwölf Monate in der Höhe von 500—2500 Fr. Einget mit 500 Fr. Gebühn ist Gallard, der vor einem Monat als Kandidat der Sozialdemokraten für die Wahlen des Schulamtes (School Board) in London mehr als 10 000 Stimmen auf sich vereinigte. Diese Gewaltmaßregeln werden ihre erzieherischen Wirkungen nicht verfehlen. Dem guten John Bull, der sich bisher brühte mit seinem freien England, werden somit die Augen aufgehen.

**Eine Neuerer haben die Gewerkschaften. Der es eingeföhrt. Durch regelmäßige monatliche Sitzungen der**



Vorstände von ganzen Branchen sollen die vereinigten... Die letzte Vorstandsbesitzung der Metallbranche...

Des Ferneren wurde von den Vertretern der Metallbranche beschlossen, die Gemeindefürsorge um die Erziehung von einer Lehrerschule für Schlosser zu erwirken...

Uns Oesterreich.

Die seit Oktober d. J. in vergrößertem Format im Wien erscheinende, Oesterreichische Bauarbeiter-Zeitung...

Die 1. Maifeier und der Bauarbeiterkongress gaben Zeugnis davon, daß die Bauarbeiter zu erwachen anfangen... Der Kongress zeigte, daß überall das gleiche Bild herrsche...

Der Kongress zeigte, daß überall das gleiche Bild herrsche, und daß man überall der gleichen Ansicht sei, nur durch eine starke Organisation im Stande zu sein...

Wir haben bei der Uebernahme des Blattes die Bitte ausgesprochen, uns durch Mitarbeiterschaft zu unterstützen...

Wir können mit dem Bewußtsein in das neue Jahr eintreten, unsere Schuldigkeit getan und redlich gearbeitet zu haben...

Wir können mit dem Bewußtsein in das neue Jahr eintreten, unsere Schuldigkeit getan und redlich gearbeitet zu haben...

Wir können mit dem Bewußtsein in das neue Jahr eintreten, unsere Schuldigkeit getan und redlich gearbeitet zu haben...

Wir können mit dem Bewußtsein in das neue Jahr eintreten, unsere Schuldigkeit getan und redlich gearbeitet zu haben...

Enttäuschung hervorgerufen hat. Wir sind daher gezwungen, den Sachverhalt wahrheitsgetreu an die Öffentlichkeit zu bringen... Ein solches Gerüst von der schwachen Mauer wegsteht, was aber hier nicht der Fall war...

Uns Amerika.

New York, 27. Dez. 1891.

Uns liegen weitere Auslassungen der amerikanischen Arbeiterpresse über den Kongress und Herrn Compers vor...

Samuel Compers hat schon mehrfach das Unglück gehabt, sich und seine Bestrebungen von Seiten der kapitalistischen Presse auf das Bärmste unterläßt und bewürdigt zu sehen... Die Kapitalisten und ihre Schreibknechte haben doch allen erdenklichen Anlaß, zu wünschen, daß die Arbeiter nicht Maßnahmen ergreifen, welche im Interesse ihrer Klasse sind...

Das würde auch Compers' letzter Jahresbericht in seiner rosafarbenen Inhaltslosigkeit von der gesamten kapitalistischen Presse auf das Bärmste kommentiert...

Die Konvention hat nicht nur nichts gethan für die Arbeiter, sondern sie ist in absoluter Bedeutungslosigkeit verlaufen, daß selbst die kapitalistische Presse nicht recht gewußt hat, was sie aus den nichtsagenden Verhandlungen machen sollte...

Zum Beweise übrigens, daß die New-Yorker Volks-Ztg. in der deutschen Arbeiterpresse des Landes durchaus nicht allein steht mit ihrem Urtheil, seien hier einige anderweitige Aeusserungen zitiert...

Arbeiterkongress verlaufen sehen. Nicht eine Resolution, welche des Aufhebes werth, nicht ein Gedanke, der in weitere Kreise zu dringen bestimmt und geeignet wäre...

Und schließlich das Phil. Tagblatt: 'Weider muß gesagt werden; daß die Konvention der American Federation of Labor in Birmingham einen sehr schlechten Verlauf genommen hat...'

In einem anderen Artikel schreibt das New-Yorker Arbeiterorgan: Die Wiederwahl von Compers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit...

Die Urtheile der amerikanischen Arbeiterpresse sind ebenfalls sehr beachtenswert. Das Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaft Deutschlands...

Die deutsche Arbeiterpresse ist verpflichtet, wenn sie über Compers Auslassungen und den Kongress berichtet, auch von der Kritik unserer amerikanischen Brüdernotiz zu nehmen...

Die Bewegung stellt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ein völlig unbedeutendes Vorbild dar. Die deutsche Arbeiterpresse ist verpflichtet, wenn sie über Compers Auslassungen und den Kongress berichtet...

Situationsberichte.

Maurer.

Berlin. Eine öffentliche Generaterversammlung der Maurer und Fuher, von weit über tausend Personen besucht, tagte am Sonntag, den 17. Januar, im 'Fren-Palast'...



streif an. Die Buchdrucker seien dem vereinigten Kapital unterlegen, trotz ihrer gestiegenen Kosten, trotzdem die Arbeiter nicht nur Deutschlands, vielmehr aller Kulturstaaten, sie bis zu einem gewissen Grade unterliegen hätten. Und warum? Weil nicht alle der Organisation angehörien. Gälten alle deutschen Buchdrucker dem Verbande angehört, so hätten sie mit einem Schlage den Sieg errungen! Daraus sei die gewaltige Macht der Zentralorganisation erkennbar. Der Buchdruckerstreik habe den deutlichsten Fingerzeig gegeben für die Zentralorganisation als notwendige Form der gewerkschaftlichen Organisation. Redner empfahl demzufolge den Zusammenschluss in zentralisierten Verbänden. (Beifall.) Die Diskussion, welche sich dem Vortrage anbot, gestaltete sich ungemein lebhaft. Herr Lehrend betonte zunächst, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten lediglich die Form der Organisation betreffen. Die Berliner Maurer ständen keineswegs auf dem Boden einer strikten Zentralorganisation, vielmehr ebenfalls auf dem Boden der Zentralisation, sie seien nur aus juristischen Gründen gegen statutarische Zentralverbände und demzufolge der Vereme Zentralorganisation durch das System der Vertrauensmänner. Der Buchdruckerstreik war ihm ein Beweis gegen die Zentralverbände. Der Buchdruckerstreik habe trotz seines 23jährigen Bestehens nicht verhindert, alle Buchdrucker in sich aufzunehmen, dieselben politisch zu bilden. Daß die zentralisierten Zentralorganisationen weniger leicht zu lösen seien als die Zentralverbände, suchte Redner aus dem Montreprojet der Maurer zu erweisen, der mit Aussprechung der Angelegenheit endete. Ganz abgesehen davon, daß Politik und Gewerkschaftliches absolut nicht voneinander zu trennen sei, würde doch gegebenen Falles eine einheitliche Verknüpfung eintreten. Deshalb seien die rein gewerkschaftlichen Verbände zu bekämpfen. Ferner rühmte die Vereinseigenschaft der allgemeinen Organisation der Arbeiter in Zentralverbänden entgegen. Demzufolge hielt es Redner für angemessener, Organisationen zu schaffen, welche allen Arbeitern zugänglich und wahre Kampforganisationen sind, die an der Lösung der sozialen Frage mitarbeiten können, und empfahl deshalb der Berliner Maurer das Festhalten an der bisherigen Organisationsform. Herr Lehrend war ebenfalls der Ansicht, daß die Grenze nicht zu finden sei, wo Politik anfange und wo sie aufhöre und führte als Beispiel hierfür die „Freie Volksbühne“ an, wo die Tendenz des Vereins allein genüge, denselben zu einem politischen zu fesseln. Wenn zudem die Gewerkschaftsbewegung die Vorherrschaft der politischen sein solle, so sei es naturgemäß, daß in dieser Schule die Politik nicht fehlen dürfe. Keineswegs werde verlangt, in Gewerkschaftsorganisationen „hohe Politik“ zu treiben, dies sei Aufgabe der politischen Vereinigungen, nicht aber Sozialpolitik und dies sei garnicht zu vermeiden. Redner war ferner der Ansicht, daß die Aufgabe der Zentralverbände, eine einheitliche Zusammenfassung der Selbsthilfe zur Unterstützung, durch Vertrauensmänner mindestens ebenso gut erfüllt werde. Da zudem der Zentralverband der Maurer die Vertrauensmänner noch nebenbei besitze, so sei der Zentralverband nur Defäkation. Redner empfahl gleichfalls die losen Zentralisation durch Vertrauensmänner. Doch hoffte vermuthlich die erforderliche Kontrolle der Einzelnen bei der losen Zentralisation. Sobald es sich darum handele, den Finger zu rühren, sei Niemand zu haben. Die Berliner Maurer hätten bisher noch nie verhältnismäßig ihre Pflicht erfüllt. Sobald es zum Kampfe gehe, seien die Berliner Maurer nicht zu haben. Redner sprach für Zentralverbände. Blau und verwahrte die Anhänger der losen Zentralisation gegen den Vorwurf der Aengstlichkeit. Nicht diese mache sie zu Gegnern der Zentralverbände, sondern einfach die Logik der Thatfachen. Die Kontrolle sei beim System der Vertrauensmänner genau ebenso gut möglich, wie im Zentralverbande. Buchdrucker. Hillmann schritt sich als begeisteter Anhänger der Zentralverbände dar. Kollege Wille u. A. als verschiedene Gegner derselben. Kollege Silberstein als Verfechter der Zentralverbände, ebenso Gröppler und Buchdrucker Coburn, Bauarbeiter Schmann als Vertreter der losen Zentralisation. Nach einem Schlußworte des Referenten, in welchem derselbe ausdrücklich erklärte, daß, solange ihm eine bessere Form der Organisation nicht nachgewiesen werde, er nach wie vor auf dem Boden der festen Zentralisation stehe, wurde trotz verschiedener Einwände dagegen wegen der sehr vorgezeichneten Zeit und der sehr bemerkbaren Lichtung der Versammlung zur Abstimmung über die verschiedenen eingeleiteten Resolutionen gedrückt. Gegen eine starke Minderheit gelangte folgende vom Kollegen Silberstein mitgetheilte Resolution zur Annahme:

Die heute am 17. Januar 1892 in „Zeepalaast“ tagende öffentliche Versammlung der Maurer und Putzer erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten:

1. dahin zu wirken, daß eine feste Zentralorganisation unter den Berliner Maurern geschaffen wird und daß diese sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anschließen;
2. um bei der immer mehr nur sich greifenden Ausbeutung des Unternehmertums in unserem Gewerbe ein Paroli bieten zu können, beschließt die heutige Versammlung; die Vertrauensmänner beider Richtungen haben von jetzt ab gemeinsam öffentliche Versammlungen einzuberufen, in welchen über die Lohnbewegung des Jahres zu berathen ist und die ein einheitliches Vorgehen zum Zwecke einer Lohnbewegung ermöglichen sollen.

**Kühler-Wiebelbach.** Am 17. Januar fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt. Die zahlreich erschienenen Kollegen nahmen ein Referat des Kollegen Gehret-Matig entgegen, in welchem derselbe ausführte, daß unter den heutigen Verhältnissen die lokale Fachvereinigung nicht mehr zweckentsprechend sei. Es sei insofern auch für die Maurer eine Zentralorganisation, der Zentralverband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen, geschaffen worden, der beizutreten Pflicht eines jeden Maurers sei. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und meldeten sich von den

30. 60 am hiesigen Orte wohnenden Maurern, welche aber größtentheils ihren Erwerb in Frankfurt a. M., Darmstadt und Mainz zu suchen gezwungen sind, sofort zum Eintritt in den Verband. Nachdem die provisorische Geschäftsverwaltung gewählt worden war, wurde die vom besten Geist besetzte Versammlung geschlossen.

**Eberfeld.** Am 19. Januar fand im Lokale des Herrn Gerbrach, Bleichstraße 14, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt mit der Tagesordnung: 1. Mitteilung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Rückblick auf das verlossene Jahr. 3. Fragekasten und Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt war, nahm der Bevollmächtigte das Wort und gab einen Rückblick auf das verlossene Jahr. Er führte aus, daß das Jahr 1891 für die Maurerbewegung ein ereignisvolles gewesen sei; am dem vom 8. bis 15. Mai in Gotha stattgefundenen Maurer-Kongress sei der Zentralverband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen konstituiert worden. Redner erklärte die Verbandorganisation als die beste für alle Gewerkschaften und ermahnte die dem Verband noch fernstehenden Kollegen, sich in denselben aufnehmen zu lassen. Weiter betonte Redner die Arbeitsverhältnisse und sprach sein Bedauern darüber aus, daß, gezwungen durch die allgemein herrschende Geschäftslage, im vergangenen Jahre so viele Kollegen arbeitslos gewesen seien. Im letzten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Franz Gelegenheit, die Ausführungen des Regierungsausschusses Kehler in Nr. 1 des „Bauhandwerker“ einer scharfen Kritik zu unterziehen und wurde zum Schluß folgende Resolution angenommen:

„Die heutige, im Lokale des Herrn Gerbrach tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen, Zählstelle Eberfeld, erklärt die Ausführungen des Herrn Kehler in Nr. 1 des „Bauhandwerker“, die Zählstelle Eberfeld des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen sei aus den Bruchstücken der früheren Lokal-Organisation zusammengekehrt, als erlogen und unwahr. Daß die zentralisierten Maurer es sind, welche die Statuten-Organisation untergeben, ist ebenfalls unwahr; beide Organisationen standen bisher im besten Einvernehmen und die jetzigen Zwistigkeiten sind nur auf die Quereitigkeiten des Herrn Kehler und des Herrn Keff zurückzuführen.“

Die Mitglieder der Zählstelle Eberfeld werden ermahnt, die aus der Bibliothek entlehnten Bücher sobald wie möglich zwecks Revision abzuliefern.

**Stralsund.** Die hiesige Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Sonnabend, den 16. d. M. ihre regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, erklärte der in voriger Versammlung gewählte Schriftführer, Kollege Bräse, diesem Posten nicht vorziehen zu können, da er Kassierer der Krankenkasse geworden und er hiermit genug zu thun hätte; er ersuchte die Versammlung, einen anderen Schriftführer zu wählen. Hieraus wurde Kollege Neels gewählt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten zur Verhandlung gekommen waren, empfahl der Bibliothekar die vorhandenen Bücher fleißig zu lesen; worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Nienburg.** Am Sonntag, den 17. Januar, fand auf hiesiger Maurerherberge unter Vorsitz des Kollegen Gurele eine öffentliche Maurer-, resp. Bauhandwerker-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Gewerkschaftsbewegung, ihr Werth und Nutzen für die Arbeiterschaft. Nachdem der Vorsitzende den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen Dank abgestattet, ertheilte er dem Referenten, Kollegen Albert Paul (Hannover) das Wort, welcher in einem 2 1/2 stündigen lehrreichen Vortrage den Punkt der Tagesordnung erledigte. Redner tadelt in seinem Vortrage den Individualismus der hiesigen Kollegen, indem sich dieselben nicht für Versammlungen, in denen ihre Angelegenheiten besprochen würden, interessiren. Sodann ging Redner zur Bagnundage über und betonte, daß dieselbe nur durch Vertilgung der Arbeitszeit beseitigt werden könne. Ferner wies Redner noch auf das Solidaritätsgefühl und die statistischen Erhebungen hin. Nachdem noch mehrere Kollegen hiesige Verhältnisse, bemängelt und den Verband befragt hatten, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen die gut besuchte Versammlung.

**Barth.** Am 10. Januar tagte im Gasthof „Zur goldenen Tanne“ eine Versammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Besprechung über ein von einem Nichtmitglied wegen Krankheit eingereichtes Unterstützungsgeld. 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ermahnte der erste Bevollmächtigte die Mitglieder der Zählstellen-Verwaltung, besser wie bisher die Versammlungen zu besuchen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung, nach welcher A. 58,40 eingenommen und A. 29,62 ausgegeben wurden, mithin verbleibt ein Kassensaldo von A. 28,78. Die Abrechnung wurde von der Versammlung für richtig befunden. Im 2. Punkt wurde dem um eine Unterstützung nachsuchenden Kollegen eine solche aus dem der Zählstelle überwiesenen Vermögen des früheren Fachvereins genehmigt, da er ein alter Mann ist und in dem nächsten Fachverein als Ehrenmitglied angesehen wurde. Im „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, in der nächsten Versammlung unseren Lohnstarif zu erneuern und dabei der Wunsch ausgesprochen, daß die Mitglieder sich zu dieser Versammlung recht zahlreich einzufinden möchten, da in denselben ebenfalls die Neuwahl der Zählstellenverwaltung vorgenommen werden müsse. Hieraus erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Hamburg.** In der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten

Berufsgenossen, Zählstelle Hamburg, am 21. Januar, machte der Bevollmächtigte zunächst bekannt, daß alle Mitglieder, welche ihre Statistik noch nicht abgeliefert, dieses schleunigst zu thun haben, da am 1. Februar mit der Zusammenstellung begonnen werden müsse. Des Weiteren forderte er die Mitglieder, welche einen Haushalts-Gut angefertigt haben, auf, sich diesbezügliche Formulare zur Ausfüllung abzuholen. Sodann hielt Herr Weglein einen Vortrag über den Allgemeinen Gewerkschaftskongress und den Entwurf der Generalkommission. Der Referent führte an, daß man sich über die Frage, ob die Zentralorganisation der Lokalorganisation vorzuziehen sei, läßt gar sei. Wenn, wie bei den Maurern, noch ein kleines Häuflein in Berlin sich gegen die Zentralorganisation auflehnt, so sei dieses nicht von Bedeutung. Die Behauptungen, welche jene Kollegen aufstellten, daß man in einer Zentralisation keine Politik treiben dürfe, dieses aber notwendig sei, seien nicht maßgebend. Wenn man sich die in den letzten Jahren verloren gegangenen Streits betrachte, so müsse jeder denkende Gewerkschafter zu der Ueberzeugung kommen, daß eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nur durch eine gute Zentralorganisation erfolgen könne. Die Gewerkschaftsbewegung habe mit Politik nichts zu thun, dagegen seien in der Gewerkschaft zu behandelnde Fragen genügend vorhanden. Redner gab sodann eine Schilderung der verschiedenen Vereinseigenen und bezeichnete das hiesige Vereinsgesetz als das schlechteste, da nach § 24 desselben jede Verbindung unterlag ist, während nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes nur die Verbindung politischer Vereine verboten ist. Im Grunde genommen könne man sagen, so viel Bundesstaaten, so viel verschiedene Vereinsgesetze. Die vielgepriesene deutsche Freiheit existire nur für das Unternehmertum, dagegen stehe für den Arbeiter dieselbe nur auf dem Papier. Ohne Rücksicht auf die Vereinsgesetze müsse für die Zentralorganisation eintreten werden. Die sich an der Diskussion beteiligenden Redner schloßen sich zum größten Theile den Ausführungen des Referenten an. Hervorgehoben wurde hier, daß die Vertretung durch drei Delegierte auf dem Kongress in Halberstadt zu niedrig bemessen sei. Herr Stanning beantwortete eine diesbezügliche Frage dahin, daß sich der Kongress jetzt ganz anders gestalte, als früher angenommen wurde. Sollte eine größere Zahl von Delegierten entsendet werden, so bedürfte dieses einer Uraabstimmung, und dazu sei die Zeit zu kurz bemessen. Der Bevollmächtigte äußerte sich dahin, daß er sich gegen einzelne der gestellten Anträge erklären müsse, jedoch müsse man sich den Beschlüssen, die auf dem Kongress gefaßt würden, fügen. Der zweite Punkt, Wiederaufnahme der Streikforderung, der schon zu wiederholten Malen auf der Tagesordnung gestanden hatte, wurde in Anbetracht der vorgerückten Zeit und der im Saal herrschenden sibirischen Kälte auf Antrag des Herrn Kehler als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Hennig.** Am Freitag, den 15. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, tagte hierseits im Lokale der Wittwe Joost (Maurerherberge) unsere vierteljährliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Namen- und Protokollverlesung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht des Gesellenausschusses von der Innung. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wurde präzis um 7 1/2 Uhr vom ersten Vorsitzenden F. Schwärze eröffnet. Nachdem die Namen und das Protokoll verlesen waren, setzten sich noch zwei Kollegen als Mitglieder neu aufzunehmen. Hierauf legte der Gesellenausschuß die Verhandlung mit den Meistern klar, aus welcher nur hervorzuheben ist, daß sie die Punkte, betreffend Gesellen- und Herbergsweien, verworfen haben. Zur Meisterrückstellung zählt die Innung für dieses Jahr einen Beitrag von A. 10, die Hälfte der Durchschnittssumme der letzten beiden Jahre. Betreffend das Verbringwesen beschloß der Ausschuß, die Meister zu ersuchen, den Gesellen in der Prüfungskommission zur Abnahme des Gesellenstückes Vertretung zu gewähren, welches aus dem Innung angenommen wurde. Unter „Verschiedenes“ wurden die Gesellen des Maurermeisters Wandholtz befragt, ob bei dem Neubau in der Seelenstraße im Tagelohn oder Alford gearbeitet würde. Sie gaben zur Antwort, daß im Tagelohn gearbeitet würde. Da hier aber in der letzten Zeit beschloßen wurde, daß kein Neubau im Tagelohn fertig gemacht werden darf, so wurde dem Gesellenausschuß aufgegeben, diesbezüglich mit der Innung in Unterhandlung zu treten; zu gleicher Zeit soll derselbe einige andere kleine Uebelstände, als Abdeckung der Gefimse, Zolrschicht betreffend usw., abzustellen beantragen. Die auf dem betreffenden Bau arbeitenden Mitglieder gaben in der Versammlung das Versprechen, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Sache als geregelt erklärt wird. Ein Mitglied mußte aus unserem Verein ausgeschlossen werden, weil es auf die Liste der notorischen Trunkenbolde gesetzt worden ist. Da Erhebliches zur Verhandlung nicht mehr vorlag, wurde um 10 Uhr die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

**Binnberg.** Am 17. Januar tagte im Lokale des Herrn B. Handl eine öffentliche Versammlung der Maurer und Bauarbeiter mit der Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission und Verschiedenes. Nachdem das Bureau gewählt war, erhielt Kollege Münter das Wort. Derselbe führte aus, daß die Meister in der Versammlung, zu welcher die Kommission sie eingeladen hatte und auch alle erschienen waren, den Lohnstarif nicht anerkannt hätten, weil der Bevollmächtigte des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen, Zählstelle Binnberg, denselben geschwieben hatte; auch wollten sie, wenn derselbe mit zur Unterhandlung komme, die Unterhandlung ablehnen, weil sie mit ihm nichts zu thun haben wollten. Die Herren müssen einen willkürlichen Pakt vor bemessen haben, oder die Meister sind zu unwissend, um mit einem einfachen Arbeiter eine Diskussion über die Sache aufnehmen zu können. Das Ansarbeiten eines anderen Tarif wurde von der Versammlung beschloßen. Der Lohn bleibt für Maurer auf 42 Pfg. pro Stunde bestehen, dagegen sollen



aber für Bauarbeiter 33 Wg verlangt werden, da die Arbeit nur 30 Wg. pro Stunde erlöst und bis jetzt keine einheitliche Regelung vorhanden ist...

Wir machen alle reichenden Kollegen darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften von Winneberg ein Zentral-Gesellenverbot errichtet haben und daß derselbe am 1. Februar eröffnet wird...

Wienener. Am 17. Januar fand eine öffentliche Generalversammlung der Maurer im Kaiser Wilhelm Platz. Zu Punkt I der Tagesordnung: Die Organisationsfrage der Gewerkschaften...

Bremen. Am 20. Januar tagte eine Mitglieder-Versammlung der Baustelle Bremen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder...

Altona. Am Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, tagte eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Baustelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. im Lokale des Herrn Koppelman...

Lehre austauschte, traten die Klagen scharenweise dieser neuen Lehre bei. Es machte sich ein reges Nachdenken unter ihnen geltend, sie wurden mit ihrer schlechten Lage unzufrieden...

Hannover. In der am 19. Januar stattgefundenen Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Baustelle Hannover, sprach Kollege Pant über die Entwicklungsgeschichte der Naturerkenntnis...

Gingelandt.

Da die Mitglieder-Versammlungen hiesiger Baustelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands stets so schwach besucht werden, daß nur immer der vierte Teil der Mitglieder anwesend ist, so richte ich die dringende Mahnung an die Mitglieder...

Arbeitschein.

ausgegeben auf Grund der nachstehenden Arbeitsbedingungen in Arbeit tritt: § 1. Jeder Geselle hat den unterzeichneten Arbeitschein persönlich dem Rifenführer zur Kontrolle vorzutragen...

§ 7. Der Lohnsatz beträgt: je nach Leistung, pro Arbeitsstunde bis zu 35 S. § 8. An den heiligen Abenden vor Ostern und Pfingsten wird eine Stunde früher Feierabend gemacht...

Gerichts-Chronik.

Eine beachtenswerthe Entscheidung, betreffend das Halten von Verdinglingen, hat das Schöffengericht zu Halle a. S. gefällt. Wir berichten nach der 'Saale-Zig.' darüber folgendes: Auf Antrag des Oermeisters der hiesigen Baugewerkschaft...

Unfallversicherung.

Folgende Rechtsgrundsätze hat das Reichsversicherungsamt angebrochen: Vorsätzliche Körperverletzungen, welche ein Arbeiter dem anderen zufügt, sind zwar nicht schon deshalb als Betriebsunfälle anzuerkennen...



Die Neuhestellung der Rente gemäß § 65 U. V. kann nur erfolgen, wenn eine Veränderung eingetreten ist, welche zu dem Unfall in Beziehung steht und dessen Folgen betrifft.

Ein verletzter Arbeiter hatte in der schiedsgerichtlichen Anbahnung seiner Rente nach einem irrtümlich zu niedrig angegebenen Jahresarbeitsverdienst beantragt, das Schiedsgericht aber demnach ohne besonderen Antrag die Rente nach dem von ihm inzwischen ermittelten richtigen höheren Arbeitsverdienst festzusetzen.

Auf den hiergegen eingelegten Rekurs der beklagten Berufsgenossenschaft hat das Reichsversicherungsamt durch Entscheidung anerkannt, daß dieses Verfahren des Schiedsgerichts der Bestimmung des § 18 Abs. 1 der kaiserlichen Verordnung über das Verfahren vor den Schiedsgerichten vom 2. November 1885 zuwiderlaufe, insofern innerhalb der erhobenen Anträge zu entscheiden ist.

Gleichwohl ist das angefochtene Urteil und zwar mit Rücksicht darauf bestätigt worden, daß der Kläger in der Rekursbeantwortung diese Bestätigung, die Zugrundelegung des vom Schiedsgericht ermittelten höheren Jahresarbeitsverdienstes und die Befragung der ihm vom Schiedsgericht zugeprochenen Rente ausdrücklich beantragt hatte.

Ein — als solcher in dem Verfahren nach den Unfallversicherungsregeln unzulässiger — Anklageres lag nicht vor, da der Kläger nicht ein Anderes oder ein Mehreres, als ihm das Schiedsgericht bereits zugewilligt hatte, beantragt hat.

Verchiedenes.

Selbsthilfe bei Unfällen. Darüber giebt die „Zeitung für Maschinenbau“ recht beachtenswerthe Winke. Sehr häufig kommen bekanntlich Schnitt-, Quetsch- und Brandwunden vor. Tropdem derartige Verwundungen meistens leichter Art sind, so nehmen sie doch häufig gefährliche Dimensionen an, weil entweder der Betrieb zu weit von den Wohnungen der Arbeiter entfernt liegt oder diejenige, bei welcher die Verwundung eintrat, nur leichtfertig darüber denkt, sie vernachlässigen, oder aber auch sich nicht zu helfen wissen.

Es gieht im Allgemeinen die Regel, daß jede durch Stoß, Schnitt, Quetschung u. hervorgerufene Verletzung welche sich auf die Oberhaut und dieselben nachfolgende Blutgefäße erstreckt, bei einem sonst gesunden Menschen innerhalb dreier Tage trocken zu stellen und ohne Schmerzgefühl innerhalb sechs Tage zu heilen ist. Komplizierte Fälle, wie Knochenbrüche u., erfordern selbstverständlich längere Zeit.

Um sich bei vorkommenden Fällen auch ohne Arzt selbst helfen zu können, ist es vor allen Dingen ein Erfordernis, geeignete Mittel zur Hand zu haben. Als solche kann man Folgendes betrachten: Reines Glyzerin in wohlverschlossenen Flaschen, ein Argemölglas mit eingeschlossener Glaspipette, welches mit einer Mischung von Kollodium und zwei Volumen-Prozent Glyzerin gefüllt ist, einige reine Schwämme und Leinwandstücke, einen elastischen Westfädel von der Größe, daß Arm und Fuß darin gebadet werden kann und Eis. Man sieht, diese Mittel sind so einfacher Natur, daß sie sich in allen größeren Betrieben vorfinden können, ohne den Besitzern außerordentliche Ausgaben aufzubürden.

Für die Behandlung der Wunden wollen wir uns die notwendigen Anleitungen geben. Als oder Schnittwunden werden zuerst mittelst des Schwammes und Glyzerin ausgewaschen, bis die Blutung und der Schmerz nachläßt. Bei stark blutenden Wunden bindet man einen in Glyzerin getauchten Schwamm auf, den man nöthigenfalls mehrere Male wechselt. Ist die Wunde trocken, so wird nach Wegnahme des Schwammes rasch das Kollodium in dünner Schicht darüber gegossen, welches sofort eine Haut bildet. Dringt noch hier und da etwas Blut hindurch, so besetzt man dasselbe mit einem Schwamm und übergießt die Stellen nochmals mit Kollodium, bis die Wunde ganz trocken ist.

Bei Quetschungen bringt man den verletzten Theil in ein Glyzerinbad, bis Blutung und Schmerz nachlassen, was bei starken Quetschungen etwa 15 Minuten erfordern wird. Ist die Oberhaut zerissen, so giebt man ebenfalls nach dem Bade Kollodium auf. Wenn die Schnittwunde oder Quetschung über das Gelenk läuft, so darf das Gelenk nicht stark gebogen werden, um ein Berstehen der Kollodiumhaut zu verhüten. Die vollständige Deckung der Wunde durch Kollodium ist überhaupt peinlich zu beachten und etwaige Risse der Kollodiumhaut sind durch sofortiges Uebergießen mit der Mischung sogleich wieder zu entfernen.

Das Weiße des Eies, das man aber die Wunde gießt, ein vortheilhaftes Bindungsmittel darbietet. Es ist ja hauptsächlich die Verührung mit der Luft, welche den Schmerz verursacht, und irgend etwas, womit man diese vor der Wunde abzuschließen und dadurch Entzündung zu verhüten vermag, ist gut und sollte ohne lauges Besinnen bei vorkommenden Fällen sofort angewendet werden. Alle jene Torturen, welche in den Verletzungen angewendet werden, daß der nahe Eisenbrand von den Kameraden ergriffen und nach der nahen Esse geführt wird, wo man den verbrannten Körpertheil erst über das Feuer, und so dem Verletzten die größtmöglichen Qualen bereitet, sind durchaus zu verwerfen, umsonst, als die angerathenen Mittel überall sofort herbeizuschaffen sind. Ist durch Nachlässigkeit die Wunde brandig geworden, was sich dadurch ankündigt, daß die Wunde zu schwellen beginnt, besonders heftig schmerzt, und daß die Oberhaut eine andere Farbe annimmt, wobei der Schmerz, durch die benachbarten Muskeln und Nerven sich verbreitet, so ist es nöthig, sofort Eisumschlagen in Anwendung zu bringen, und wenn ein solches nicht vorhanden, kaltes Wasser, das höchstens eine Temperatur von 6 Grad Celsius haben darf. Die Kühlung ist dann so lange hintereinander vorzunehmen, bis der Verwundete sie nicht mehr zu ertragen vermag; dann muß man ihm eine kleine Ruhepause gönnen und wieder von Neuem die Kühlung beginnen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das 17. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vongeoistie-Jammer. — Einiges über die Prostitution in Gegenwart und Zukunft. — Oekonomische Taschenrechner. Eine Bühn-Bavariade von J. G. — Die Kunst und die Kunst. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Netzung. Von Franz Mehring.

Das in Lieferungen erscheinende reich illustrierte Werk: „Der Mensch und seine Rassen“, von Dr. B. Langtavel (Stuttgart, Verlag von J. G. W. Dieck), liegt nunmehr mit dem 20. Heft komplett vor. XIV. und 644 Seiten gr. Oktav. Brochirt M. 4.—, gebunden M. 5.50.

Briefkasten.

Strafsund, N. Uns sind weitere Berichte als die veröffentlichten von Strafsund nicht zugegangen. Eberfeld, W. Wir erlauben Sie, beim Schreiben Ihrer Berichte einen mindestens 5 cm breiten Rand zur Anbringung von Korrekturen frei zu lassen.

Berlin, S. Bericht für die Nummer zu spät eingetroffen. Das Gewünschte werden wir Ihnen, soweit es noch vorhanden, zulesen. Westen-Guß.

Frankenhäuser (Aylhäuser), C. Bericht folgt in nächster Nummer.

Verweilt, B. Uns ist in Thüringen eine Fabrik, die derartige Sachen anfertigt, nicht bekannt; Sie werden aber das Gewünschte in jeder größeren Glaswaarenhandlung bekommen können.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen.

Sitz Hamburg. Nachstehende Zahlstellen haben bis dato beim Vorstand über die Auszahlung der Reiseunterstützung berichtet und angegeben, von wem und zu welcher Zeit dieselbe gezahlt wird.

Siebenter Nachtrag zu der in Nr. 44 B. W. veröffentlichten Liste, betreffend Reiseunterstützung. Segfl. W. Werner, Friedeburg, Ringstraße 33, Abends von 6-8 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Wilhelmshaven. A. Jegenstein, Donsenstraße 5, Verden. A. Drape, Eiser Chaussee 59, Abends von 6-8 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr.

Tilsit. A. Waska, Maurer, Mittags von 12-1 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr.

Hofa-Organisation. Großenhain. Zigarrengeschäft F. Geier n. Co., Meisterstraße.

Als verloren sind angemeldet: Die Mitgliedsbücher, lautend auf A. Schwarzer, Nr. 2983; Friedr. Müller, Nr. 20250. Dieselben werden hiernit für ungültig erklärt.

Einzelmitglieder, an deren Aufenthaltsort keine Zahlstelle besteht, haben sich bei der Hauptkasse anzumelden. Bei der Anmeldung ist die Buch-Nummer, genaue Adresse, wo und wie weit die Beiträge bezahlt sind, anzugeben. Die Zahlung des „Grundsteins“ erfolgt nicht, wenn diese Mitglieder über sechs Wochen Beitrag restieren und um Stundung nicht nachgesucht haben. Mitglieder, welche während des Sommers außerorts in einer Zahlstelle sich aufhielten, haben, falls in ihrem Aufenthaltsort eine Zahlstelle besteht, sich in dieser anzumelden und ihre Beiträge zu entrichten. Der Vorstand. J. A. A. Dammanit, Vorsitzender.

Anzeigen.

Aufforderung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Grevesmühlen werden ersucht, in der am 7. Februar stattfindenden Versammlung, der Neuwahl der Verwaltungsbeamten wegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Bevollmächtigte: F. Boldt.

[M. 1,20]

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipfer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“.

(Eingeschriebene Kasse Nr. 7; Sitz: A l t o n a). In der Woche vom 17. bis 23. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Erbkald M. 20, Stammheim 80, Sagen 80, Summa M. 180.

Zufüsse erhielten: die örtliche Verwaltung in Charlottenburg M. 309, Berlin 2200, Steinbeil 100, Gelle 80, Breslau 500, Gergo 50, Stuttgart 300, Alt-Barthau 100, Rostock 300, Straßburg i. E. 100, Frankfurt a. M. 100, Worms 50, Halle a. S. 300, Weisklee 75, Hannover 300, Schwedt 50, Bieder 70, München 1000, Hainstadt 150, Leipzig-Neuditz 200, Braunschweig 400, Belpitz 200, Bremen 600, Tilsit 100, Minden i. W. 150, Dresden 200, Freiburg i. B. 150, Rathenow 150, Hamburg 500, Queblinburg 30, Lübeck 100, Niederbreisig 60, Plauen i. Vogtl. 80, Otterberg 80, Arnstadt 50, Essen 180, Münselstein 200, Münster 200, Köln a. Rh. 200, Güttrow 150, Eichen 150, Weisklee 100, Altona 300, Herfort 100, Summa M. 10.755.

A l t o n a, den 23. Januar 1892. C. Reiß, Hauptkassier, Friedrichsbadstraße Nr. 28.

Achtung!

Diejenigen Kollegen, welche am Sonnabend vor Weihnachten plötzlich von dem Maurermeister Heddersen in Nienburg a. W. aus der Arbeit entlassen worden sind, bitten wir, sofort ihre Adressen einzufenden, da ein weiterer Termin auf den 10. Februar anberaumt ist, um der Maurermeister eine Entlassung zu verlangen.

Die Zahlstellenverwaltung zu Nienburg a. W. [M. 1,50] J. A. Dausfeld.

Achtung! Niddorf!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen. Zahlstelle Niddorf.

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 2. Febr., Abds. 7 1/2 Uhr, bei Herrn Kummer, Berlinerstr. 136.

- Tagesordnung: 1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal 1891. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verchiedenes.

[M. 2,40]

Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen. Zahlstelle Gaarden.

Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, 4. Febr., Abds. 8 Uhr.

- Tagesordnung: 1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verchiedenes. Der Bevollmächtigte. NB. Die restirenden Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls die weitere Zustellung des „Grundstein“ an sie unterbleibt. [M. 2,10]

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen. Zahlstelle Bremen.

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, 3. Febr., Abds. 5 Uhr.

Tagesordnung: Neuwahl der Zahlstellenverwaltung und der Revisoren. Alle Mitglieder werden dringens aufgefordert, zu erscheinen. [M. 1,80]

Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen. Zahlstelle Minden i. W.

Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 6. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Herrn Wischmeier, Ritterstraße.

Tagesordnung: Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1891 und Neuwahl sämtlicher Verwaltungsbeamten. Um zahlreiches Erscheinen bitten [M. 2,10] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgruppen. Zahlstelle Posen.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, 7. Februar, Mittags 12 Uhr, im Vereinslokal.

Tagesordnung: Wahl der Zahlstellenverwaltung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [M. 1,80] Der Bevollmächtigte.

Unterstützungsverein der Maurer im Westen Berlins.

Die Mitgliederversammlung findet nicht am Montag, den 1., sondern am Montag, 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Königshof“, Bülowstr. 37, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gaste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. — Um zahlreiche Beteiligung bitten [M. 2,10] Der Vorstand.



Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung  
unsere  
**Neue Gesamt-Ausgabe:**

**Ferd. Lassalle's Reden und Schriften**

in 40-50 Hefen à 3 Bogen zum Preise von 20 Pfg. pro Hefl.

Herausgegeben  
im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands  
von Eduard Bernstein, London.  
Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.

**Die deutsche Revolution.** Geschichte der deut-  
schen Bewegung von 1818 und 1849. Von  
W. v. B. v. B. Nachdruck. Erscheint in  
22 Hefen à 20 Pfg. Probehefte liefert jeder  
Kolporteur. J. B. W. Dieck Verlag, Stuttgart.

**Großer Wiener Maskenball**

am Donnerstag, den 11. Februar 1892,

im „Böhmischen Brauhaus“ Landsberger-Allee 11-13,

arrangiert von der

Zahlstelle Berlin I (Büker) des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands etc.

Anfang 8 1/2 Uhr. — Ende ? ? ?

Um 11 1/2 Uhr: Der berühmte rüberische Heberfall von Athanas & Co. in der Türkei  
und — der Andere sage ich nicht!

Billets hierzu sind bei den Mitgliedern der Lokalverwaltung, sowie bei folgenden Herren zu haben:  
F. Grätsche, Lübbenerstr. 26, S. Grätsche, Stephanstr. 38, L. Lomanowski, Adlerstr. 57, G. Arndt, Lands-  
berger Allee 1, F. Kühring, Solmsstr. 31, J. Kürke, Dresdenstr. 139, S. Thielcke, Schöneberg, Markt 2.  
Bei Bedarf an Maskengarderobe ist Genosse Panfirtin, Cranichstr. 178, 2. Et. zu empfehlen. M. 6

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands  
und verwandten Berufsgenossen.  
Zahlstelle Elberfeld.

**Mitglieder-Versammlung**

am Sonntag, 7. Febr., Nachm. 3 Uhr,  
im Lokale des Hrn. Gerbracht, Bleichstr. 11.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung.
  2. Vortrag: Der Mensch, ein Eltave der Maschine
  3. Verschiedenes.
- Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, der Wichtig-  
keit der Tagesordnung halber zu erscheinen.

[M. 2,25] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands  
und verwandten Berufsgenossen.  
Zahlstelle Hottentau.

**Mitglieder-Versammlung**

am Sonntag, 7. Febr., Nachmittags 4 Uhr,  
im Hotel „Trenne“.

Tages-Ordnung:

1. Regelung der Beiträge.
2. Wahl der Zahlstellenverwaltung.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.  
[M. 2,10] Der Bevollmächtigte.

**Quittungsmarken**

(Kaufstempel)

sowie alle Druckarbeiten für Vereine  
und Kassen

empfehlen in anerkannt vorzüglicher Aus-  
führung

Conrad Müller, Schenkth-Geppig,  
Preislisten gratis und franco.

**Abonnements-Diitung.**

Für das vierte Quartal 1891:

Chemnitz, P. M. 5,14 (Ref.); Hamburg, T. 9,80;  
Frankfurt, D. 2,80.

Für das erste Quartal 1892:

Ottenbors, F. M. 2,40; Giebichenstein, C. 1,40;  
Eechhausen, S. 2,80. Joh. Staniagl.

**Versammlungs-Anzeiger**  
für die Mitglieder  
des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands  
und verwandten Berufsgenossen.

Altona (Stadtheil Ottensen) Dienstag, den 2. Fe-  
bruar, Abends 8 Uhr, bei Herrn Kluth, Bahren-  
felderstraße 134

Barmen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, bei  
Herrn Mühlberg, Ueberdornstraße 69.

Bergedorf. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-  
mittags 4 Uhr, im Gasthause „St. Petersburg“.

Berlin I. (Büker). Jeden ersten Sonntag im Monat,  
Vormittags 11 Uhr, im Lokale „Bürgerhalle“,  
Dresdenstr. 88.

Berlin II. Sonntag, den 7. Februar, Vormittags  
10 1/2 Uhr, bei Herrn Tschel, Schaniinstr. 39.

Bielefeld. Sonntag, den 31. Januar, Morgens 11 Uhr,  
bei Herrn Wülfel, Bürgerweg 14.

Bremen. Mittwoch, den 3. Februar, Abends 5 Uhr,  
in der „Vereinshalle“, Dillstr. 1.

Bunzlau. Sonnabend, den 6. Februar, Nachmittags  
5 Uhr im „Goldnen Stern“.

Cassel. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat  
bei Herrn Wittrod, Schäfergasse 33.

Cöln a. Rh. Jeden Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei  
Hrn. Wwe. Klemmer, H. Griebenstr. 69.

Cöslin. Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat  
im Restaurant „Zum Weinberg“.

Coswig (Anhalt). Jeden letzten Sonnabend im  
Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Krümling, Gast-  
hof „Zum goldenen Schiff“.

Cuxhaven. Sonnabend, den 6. Februar, Abends 5 1/2 Uhr.  
Danzig. Dienstag, den 9. Februar, Abends 7 Uhr,  
im Vereinslokal, Breitgasse 83.

Dessau. Jeden 2. und letzten Sonnabend im Monat  
im „Goldenen Fasan“, Marktstraße.

Dortmund. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends  
8 1/2 Uhr, bei Herrn Zimmermann, Lüttgenbrück-  
straße 6.

Düsseldorf. Dienstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr,  
bei Hrn. Matthessen, Katernstraße 66. Bahntag  
jeden Sonntag von 10-12 Uhr!

Duisburg. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im  
Monat, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Dressler,  
Drei Kronen, Kalkpfermarkt 2.

Elmsborn. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nach-  
mittags 4 Uhr, im Vereinslokal (Maurerherberge).

Eisleben. Jeden ersten Dienstag im Monat im  
Gasthof „Zum Kronprinz“.

Elberfeld. Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags  
3 Uhr, bei Herrn Gerbracht, Bleichstr. 14.

Erfurt. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn  
Schramm, Gotthardtstraße 44.

Essen a. d. Ruhr. Jeden zweiten und letzten Son-  
ntag im Monat bei Hrn. Krab, Steelerthor.

Essen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags  
4 Uhr, bei Herrn Straß, Am Markt, Maurer-  
herberge.

Friedland i. M. Jeden letzten Sonnabend im Monat,  
Abends 8 Uhr, bei Herrn Albrecht, Kaiserstraße.

Gaarden. Jeden ersten Donnerstag im Monat, bei  
Herrn Petersen, Schullstraße.

Geeckenmünde. Dienstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr,  
bei Herrn Bachhaus, Friedrichstraße.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 31. Januar, Nach-  
mittags 4 Uhr, bei Herrn Gerchbath, Vereins-  
straße 11.

Grevesmühlhe. Jeden ersten Sonntag im Monat,  
Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Postmeister, Wis-  
marstraße 100.

Glückstadt. Jeden zweiten Sonntag im Monat,  
Abends 8 Uhr, bei Herrn Mühl, Am Markt.

Görlitz. Donnerstag, den 4. Februar, Abends 7 Uhr,  
in der „Reichshalle“, Berlinerstraße.

Güstrow. Jeden ersten Sonntag im Monat,  
Salberstadt, Mittwoch, den 3. Februar, Abends 8 Uhr,  
bei Herrn Volkmann, Vatenstraße 63.

Hamburg. Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, bei  
Herrn Wöhlke, früher „Lütze's Etablissement“.

Hannover. Dienstag, den 2. Februar, Abends  
8 Uhr im „Wahlhof“.

Herford. Sonnabend, den 6. Februar, Abends  
8 1/2 Uhr, bei Hrn. Oberhaus, Rennelstraße.

Hirschberg (Schl.). Jeden ersten Dienstag im Monat,  
Abends 8 Uhr, bei Hrn. Friedrich, Schwarzes-Rohr 48.

Hiel. Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, im  
„Englischen Garten“.

Laage. Jeden letzten Sonntag im Monat.

Lauenburg (Elbe). Sonntag, den 31. Januar.

Liegnitz. Sonnabend, den 13. Februar, im Gasthof  
„Zu den drei Bergen“, Haynauerstr. 7, Abends  
8 1/2 Uhr.

Lützenwalde. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat,  
Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Herrn Böbber, Büßelstr. 33.

Lübeck. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im  
Monat, „Berliner Hof“, Fährhafen.

Mainz. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, im  
Lokale „Weißes Köpchen“, Hauptgasse.

Melldorf. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im  
Monat bei Herrn Karrenk.

Minden i. W. Jeden Samstag, Abends 5 Uhr, bei  
Herrn Wilmmer, Mitterstr. 16.

Mühlheim a. d. Ruhr. Jeden ersten und dritten  
Samstag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn  
Heberhoff.

Neubuckow. Jeden letzten Sonntag im Monat,  
15. im Monat.

Nienburg a/W. Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat  
Nienstedten. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nach-  
mittags 4 Uhr, bei Herrn Schuel.

Nordham. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat,  
Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Herrn Brauer.

Nordhausen. Sonnabend, den 13. Februar.

Rosentinerhütte. Jeden ersten Sonntag im Monat,  
Nürnberg. Samstag, den 13. Februar, Abends  
8 Uhr, in der Bräuer'schen Wirtschaft.

Oberhausen-Styrum. Jeden ersten und dritten Son-  
ntag im Monat, Abends 6 Uhr, bei Herrn H. König  
in-Mitteln.

Offenbach. Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in der  
Restauration V. Klemminger, Herckenstraße 46.

Pforzheim. Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im  
Lokale „Am Eintracht“, Reichlinstraße 12.

Pineberg. Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn  
Dauhtsch, Nachmittags 4 Uhr.

Posen. Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 5 1/2 Uhr,  
im Vereinslokal.

Prech. Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends  
7 Uhr, bei Herrn Koller, Kirchengasse.

Rendsburg. Jeden ersten Sonnabend im Monat bei  
Herrn Hebel, Herrstraße 11.

Rixdorf. Jeden Dienstag nach dem ersten im Monat,  
bei Herrn Kummer, Berlinerstraße 136, Abends  
8 1/2 Uhr.

Rostock i. M. Mittwoch, den 10. Februar, bei Herrn  
F. Brandt, Beguinenberg 10, Abends 8 Uhr.

Rosleben. Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat,  
Stahfurt. Jeden Montag nach dem 1. und 15. im  
Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thelmann.

Stellingen-Langensfelde. Jeden Dienstag nach dem  
ersten im Monat, bei Herrn Thieken in Stellingen,  
Abends 8 1/2 Uhr.

Stendal. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im  
Monat, Lichtstraße 10.

Stolz. Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 5 Uhr,  
auf der Maurerherberge.

Stralsund. Jeden Montag nach dem 1. und jeden  
Sonnabend nach dem 15. im Monat.

Stuttgart. Sonntag, den 31. Januar, Morgens  
10 Uhr, in der „Glocke“, Leonhardtstraße.

Teterfen. Jeden ersten Sonnabend im Monat, bei  
Herrn Tays.

Wandsbeck. Dienstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr,  
bei Herrn Schleg, Lübeckstr. 55.

Waren. Jeden ersten Sonntag im Monat, bei Herrn  
Heimiller.

Warin. Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr,  
auf der Herberge.

Wilhelmsburg. Sonntag, den 7. Februar, Nachmitt.  
2 Uhr, bei Herrn Gerdt.

Zarrentin. Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags  
2 1/2 Uhr, bei Herrn Gastwirth Ehlers.

Zend: Hamburger Buchdrucker- und Verlagsanstalt  
Kuer & Co. in Hamburg.